



verband binationaler
familien und partnerschaften

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
Bundesgeschäftsstelle • Ludolfusstraße 2–4 • 60487 Frankfurt

Bundesgeschäftsstelle

Ludolfusstraße 2–4
60487 Frankfurt | Main

Fon +49 69 / 71 37 56 - 0

Fax +49 69 / 71 37 56 - 29

info@verband-binationaler.de
www.verband-binationaler.de

Betreff: Bundesförderung der Migrationsberatung sichern – Kürzungen zurücknehmen

Sehr geehrtes Mitglied des Deutschen Bundestages,

im Rahmen der bundesweite Aktionswoche der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) für bundesgeförderte Migrationsangebote. bitten wir Sie, sich im Deutschen Bundestag für die Rücknahme der geplanten Kürzungen bei der Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE) einzusetzen.

Wir, die MBE-Beratungsstellen des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften in Frankfurt am Main und Leipzig, erleben täglich, wie unverzichtbar diese Beratung für Zugewanderte, Kommunen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Verunsicherung braucht es verlässliche, niedrigschwellige und mehrsprachige Anlaufstellen.

Die geplanten Kürzungen hätten langfristige Folgen: In Hessen und Sachsen gibt es bislang keine eigenständige ergänzende Landesförderung, um die MBE aufzufangen. Werden die Bundesmittel ab 2027 gekürzt, trifft dies beide Regionen ungeschützt, da zeitgleich auch auf Landesebene Einsparungen drohen bzw. bereits umgesetzt werden:

- In Hessen könnten die vorgesehenen Kürzungen auf Bundesebene nicht durch Landesmittel aufgefangen werden. In Frankfurt fehlen den Trägern bereits heute rund 553.000 Euro jährlich; 15 Stellen in zehn Einrichtungen sind dadurch akut gefährdet.
- In Sachsen sieht der Entwurf für den Doppelhaushalt 2027/2028 erhebliche Einschnitte bei Integrationsangeboten vor. Für die Richtlinie „Integrative Maßnahmen“ sollen statt 14,5 Millionen Euro im Jahr 2026 künftig nur noch 10 Millionen Euro jährlich zur Verfügung stehen – ein Rückgang um rund 30 Prozent.

Durch diesen doppelten Spardruck bricht die Möglichkeit weg, Bundeskürzungen abzufedern oder ergänzende Strukturen vor Ort aufzubauen.

MBE unterstützt Neuzugewanderte beim Zugang zu Sprache, Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit und sozialen Leistungen. Sie schützt vor Fehlinformation, Ausbeutung und sozialer Isolation. Die Berater*innen arbeiten mehrsprachig, aufsuchend, präventiv und auf Augenhöhe. Sie vermitteln das notwendige Wissen über Behörden, Schulen, Kitas und andere Regelstrukturen und entlasten damit zugleich die Kommunen, die vielerorts bereits an Kapazitätsgrenzen arbeiten.

Wir bitten Sie daher nachdrücklich, sich dafür einzusetzen,

- die vorgesehene Kürzung der Bundesmittel um knapp 4 Millionen Euro zurückzunehmen,



verband binationaler
familien und partnerschaften

- die MBE mindestens auf dem Niveau von 2026 in Höhe von 77,5 Millionen Euro zu sichern und die Förderung angesichts gestiegener Personal- und Sachkosten perspektivisch um 7,8 Millionen Euro zu erhöhen,
- die Förderrichtlinien praxisnah anzupassen und die Begrenzung der Beratung auf die ersten drei Jahre nach Einreise zu flexibilisieren. Es ist widersprüchlich, schnelle Integration und Selbstständigkeit zu fordern, aber zeitgleich Sprachkurse zu kürzen und den Beratungszugang zeitlich starr einzuschränken,
- die Schaffung bzw. Absicherung ergänzender Landesförderungen einzufordern, um drohende Lücken aufzufangen und Kürzungen bei bestehenden Landessprachen- und Integrationsprogrammen abzuwenden.

Eine bedarfsgerecht finanzierte Migrationsberatung ist eine Investition in Teilhabe, soziale Stabilität und ein demokratisches, solidarisches Gemeinwesen.

Gern möchten wir die Situation vor Ort und die konkreten Auswirkungen der Kürzungen in einem zeitnahen Gespräch mit Ihnen erläutern und laden Sie herzlich dazu ein.

Mit freundlichen Grüßen

Anna Sabel

Bundesgeschäftsführerin
Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
Geschäftsstelle Frankfurt am Main